

Gas-Tanklager im Krefelder Hafen

Gelleper äußern Sicherheitsbedenken

10. September 2018 um 04:40 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Klaus Jagusch (l.) setzt sich seit Jahrzehnten für die Belange im Stadtteil Gellep-Stratum ein.

Foto: Lammertz, Thomas (lamm)

Krefeld. Fünf Gastank-Standorte liegen unter der Abflugroute des Flughafens und im Poldergebiet des Rheins.

Von Norbert Stirken

Bedenken gegen den Bau und den Betrieb eines Gastanklagers im Krefelder Hafen kommen nicht nur aus Meerbusch (wir berichteten). Auch im Krefelder Stadtteil Gellep-Stratum wird das 16 Millionen Euro teure Vorhaben der Caratgas GmbH skeptisch verfolgt. Klaus Jagusch, langjähriger Vorsitzender des Bürgervereins, hat sich mit einigen Fragen und Vorbehalten an die Genehmigungsbehörde – die Bezirksregierung in der Landeshauptstadt – gewandt.

„Ich möchte wissen, ob die Abflugroute des Düsseldorfer Flughafens über den Standort des Tanklagers für hoch entzündliche Gase im Verfahren berücksichtigt werden muss“, sagte Jagusch. Immerhin handele es sich bei dem so genannten Binnenterminal um einen Störfallbetrieb nach der Seveso III Richtlinie.

Darüber hinaus sei zu klären, ob die Gastanks bei Hochwasser eventuell hochgeschwemmt werden. Die 40.000 Quadratmeter große Baufläche am Wendebecken befindet sich in einem Poldergebiet des Rheins. Jagusch hält es für zweifelhaft, dass eine Erdschicht von einem Meter Dicke geeignet sei, das Aufschwimmen der Tanks durch Hochwasser zu verhindern. Den Genehmigungsunterlagen zur Folge will Caratgas „fünf erdgedeckte Druckbehälter für die Lagerung von Flüssiggas“ bauen und betreiben. Drei davon sind nach den Plänen jeweils 2000 Kubikmeter und zwei weitere jeweils 1000 Kubikmeter groß. In der Summe sind das 8000 Kubikmeter.

Hinsichtlich seiner Fragen habe er die Firma Caratgas — eine Tochter der Westfalengas-Gruppe — um Stellungnahme gebeten, informierte die Bezirksregierung. „Die Aussage hat mich schon verwundert“, berichtete Jagusch. Ob der Standort unterhalb der Abflugroute des Flughafens für die Genehmigung von Belang sei, könne doch nicht der Antragsteller selbst beantworten, sagte der Gellep-Stratumer. Ergänzend schrieb die Bezirksregierung, Jaguschs Fragen würden „im Rahmen der Prüfung des Sicherheitsberichtes zu der Anlage durch Sachverständige des Landesumweltamtes NRW berücksichtigt“. Das Ergebnis werde ihm mitgeteilt.

Jagusch bleibt skeptisch. Seine Erfahrung bei Störfällen im Hafen ist die, dass Vorschriften des Hafensicherheitsgesetzes nur unzureichend Anwendung finden. „Es gibt noch nicht einmal einen zentralen Ansprechpartner im Akutfall“, bemängelte er und erinnert an Geruchsemissionen (Ammoniak), deren Quelle bis heute nicht eindeutig ausfindig gemacht sei.

In einem weiteren Punkt schließt er sich der Kritik und der Ablehnung aus der Nachbarstadt Meerbusch an — beim zunehmenden Lkw-Verkehr. „Es müssen zutreffende Zahlen fürs Verkehrskonzept zugrunde gelegt werden“, fordert er. Damit sei es aber nicht getan. Schon heute fehle ein Autohof, auf dem die Fahrer aus Osteuropa und anderswo unter menschenwürdigen Verhältnissen ihre vorgeschriebenen Pausen machen können.